

BUG ^{*} INFO

erscheint nicht mehr

Preis: Pfhh....!

Am 16. 4.
beginnt der
Prozess gegen
2 Angeklagte

9h Raum 701 im Hoch-
sicherheitsbereich des
Kriminalgerichts TURMSTR.

zum

BUG INFO



Prozess Blatt Nr. 1

Dezember 79

8 Leute wegen BUG - INFO angeklagt

Die Vorgeschichte: Das BUG - INFO (BUG = Berliner undogmatische Gruppen) erschien erstmals mit der Nummer 1001 im Deutschen Herbst '77, nach der Verhaftung der Agit-Drucker. Es sollte eine Zeitung von und für alle undogmatischen Gruppen und Menschen in Berlin sein. Es hatte keine feste Redaktion, jeder konnte mitmachen, und alles, was wichtig und informativ ist sollte unzensuriert in der Zeitung abgedruckt werden.

Deshalb wurden, neben vielen anderen Themen, auch Stellungnahmen der Stadtguerilla dokumentiert, und der Diskussion darüber und über Knast, sowie andere in der deutschen Öffentlichkeit verpönten Themen, kein Maulkorb vorgehängt.

Was ist passiert: Ab Nr. 1014 wurde über jede Nummer des BUG - INFO im Kammergericht ein Beschlagnahmebeschluß verfaßt — und zu den Akten gelegt. Dem BUG - INFO ging nie eine Benachrichtigung darüber zu. Stattdessen wurde ein Heer von Spitzeln und Staatsschützern auf die Zeitung angesetzt, die weiter erschien. Die jeweiligen Macher lebten ja in dem guten Glauben, sie würden eine normale, legale Alternativzeitung machen.

Im Herbst '78 kam dann der große Schlag. Die Räume des BUG - INFOs (nebenbei auch die der Roten Hilfe und des Agitkomitees), die Druckerei und eine Menge Wohnungen wurden überfallen und durchsucht, über zwanzig Ermittlungsverfahren eröffnet.

Diese Verfahren schmorten ein ganzes Jahr, bis gegen acht Leute die Anklageschrift 'rausging. Den Angeklagten wird vor allem vorgeworfen, nach dem Konzept des Redaktionskollektivs, unter Inanspruchnahme einer absoluten Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit eine „Gegenöffentlichkeit“ geschaffen zu haben. Außerdem hätten sich die Artikel der Druckschrift überwiegend mit den Straftaten terroristischer Vereinigungen, wie der „RAF“, „Bewegung 2. Juni“ und „Revolutionäre Zellen“ aber auch mit dem Vorgehen von Justiz und Polizei befaßt, wobei insgesamt versucht wurde, im Wege der Öffentlichkeitsarbeit im Leserkreis bestehende psychologische Hemmungen gegen terroristische Vereinigungen abzubauen, Sympathien für deren strafbare Aktionen zu wecken, und somit eine Stärkung dieser Gruppen im Kampf um die gewaltsame Veränderung der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung der BRD herbeigeführt zu haben, gleichzeitig aber durch entstellende oder wahrheitswidrige Behauptungen über Maßnahmen von Polizei und Justiz die vorgebliche Rechtsstaatwidrigkeit des bestehenden Systems propagiert zu haben.

Die Verteidigung wird schon im Vorfeld behindert: Da den Angeklagten die Unterstützung sämtlicher terroristischer Vereinigungen der BRD in den letzten Jahren vorgeworfen wird, wird kein linker Anwalt als Verteidiger zugelassen, der irgendwann mal in irgendeinem ähnlichen Verfahren tätig war. Damit wird's für die Angeklagten unheimlich schwer, erfahrene Anwälte zu finden (§146 Verbot der Mehrfachverteiligung). Der Prozess ist zweifellos im Zusammenhang zu sehen, mit dem Versuch des Staates jede öffentliche Diskussion über die Stadtguerilla zu kriminalisieren, die sich nicht an die verordnete „Wahrheit“ hält (Kritik am Vorgehen des Staates, Zweifel an der Stammheimer Selbstmordthese, usw.). Jede Form der Dokumentation von Stadtguerillapositionen und der Auseinandersetzung damit wird so als Unterstützung der Stadtguerilla kriminalisiert (§129a).

Pressefreiheit scheint da zu enden, wo über die „Unaussprechlichen“ (RAF, RZ, 2. Juni) diskutiert, geschrieben und gedruckt wird.

Weitere Informationen über Hintergründe und den zu erwartenden Prozessverlauf könnt ihr noch folgenden Nummern der »taz« und der »radikal« entnehmen. Außerdem achtet auf weitere **Prozess Blätter**.

Spendenaufruf:

Verteidigung und die Öffentlichkeitsarbeit kosten jede Menge Geld. Deshalb, ohne jede moralische Aufforderung, die Kontonummer:

Sparkasse der Stadt Berlin West

BLZ 100 500 00

Kto.Nr. 0330025694

Rolf Niebel, Prozesskonto BUG - INFO

zum

BUG INFO



Prozess Blatt Nr. 2

Februar 80

Reitet Richter Zelle auf der Weichen Welle?

Das BUG-Info (BUG = Berliner undogmatische Gruppen) erschien erstmals mit der Nummer 1001 im Deutschen Herbst '77, nach der Verhaftung der Agit-Drucker. Die Zeitung hatte keine feste Redaktion, jeder konnte mitmachen, und alles, was wichtig und informativ ist, sollte unzensuriert in der Zeitung abgedruckt werden (so auch Stellungnahmen der Stadtguerilla). Ab der Nummer 1014 wurden die Mitarbeiter ständig observiert und photographiert, ohne von den laufenden Ermittlungen zu wissen.

Im Herbst '78 kam dann der große Schlag. Die Räume des BUG-Infos, die Druckerei und eine Menge Wohnungen wurden überfallen und durchsucht, über 20 Ermittlungsverfahren eröffnet.

Diese Verfahren schmorten ein ganzes Jahr, bis gegen 8 Leute die Anklageschrift rausging. Den Angeklagten wird vor allem vorgeworfen, nach dem Konzept des Redaktionskollektivs, unter Inanspruchnahme einer absoluten Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit eine „Gegenöffentlichkeit“ geschaffen zu haben und damit u.a. RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionäre Zellen unterstützt zu haben.

Während es erst so aussah, als sollte hier ein neuer Mammutprozeß gegen die linke Öffentlichkeit durchgezogen werden (neben der Anklageschrift deutete auch die Behinderung der Verteidigung, sowie die plötzliche Zuordnung des durch den Agit-Prozeß „bekannt“ gewordenen Richters Zelle daraufhin), ist jetzt eine neue Strategie angesagt worden.

Unter dem Motto „Straffen und Klären“ wurde mittlerweile gegen 5 der 8 Angeklagten das Verfahren eingestellt. Weiterhin wurde der Verhandlungsgegenstand auf die Punkte begrenzt, wo die Staatsanwaltschaft glaubt die besseren Karten zu haben. Außerdem wurde der politisch und juristisch wackelige Paragraph 88a aus der Anklage herausgenommen und durch den weniger spektakulären §90a ersetzt (immerhin wurden erst kürzlich in Hamburg aufgrund des §90a 4 Jahre Bewährung verhängt).

Das alles deutet daraufhin, daß im Zuge der neuen Liberalisierungsdoktrin versucht werden soll, auf der einen Seite den Prozeß mit weniger Aufwand und weniger Öffentlichkeit über die Bühne zu kriegen, auf der anderen Seite aber noch ein genügend großer Abschreckungseffekt (Schere im Kopf) erzielt wird. Dabei wird gerne auf ein paar „Mitläufer“ verzichtet, wenn man die Rädelsführer um so besser in die Pfanne hauen kann. Und genau darauf scheint die Strategie des „erfahrenen“ Richters Zelle hinauszulaufen, zumal er seinen vermeintlichen Jocker, nämlich die Anklage nach §129a nicht aus der Hand gibt.

Was das Problem der Verteiliger anbelangt, so sind mittlerweile bei zweien der Angeklagten die Wahlverteiliger verpflichtet worden. Der Anwalt des dritten wurde zum x-ten Mal ohne triftige Begründung abgelehnt. Sobald sich hier etwas neues ergibt, lassen wir wieder von uns hören. Sicher ist, daß die Angeklagten jetzt erst Recht Öffentlichkeit und unsere Unterstützung brauchen. Die einfachste Form der Unterstützung ist die Überweisung eines Betrages auf das unten angegebene Spendenkonto. Die andere Möglichkeit überlassen wir eurer Phantasie.

*Wir lassen uns nicht erschrecken
In dieser Schreckenszeit
Das wollen sie zwar bezwecken
Wir aber werden die Waffen nicht strecken
Schon vor dem großen Streit!*

Spendenaufruf:

Verteidigung und die Öffentlichkeitsarbeit kosten jede Menge Geld.

Sparkasse der Stadt Berlin West

BLZ 100 500 00

Kto.Nr. 0330025694

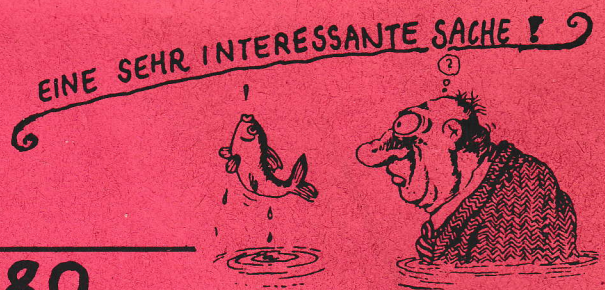
Rolf Niebel, Prozesskonto BUG-INFO



zum

BUG INFO

Prozess Blatt Nr. 3 März 80



»Ring frei«

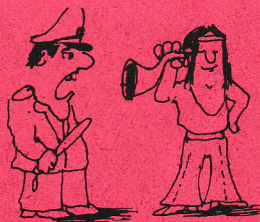
Verfahren gegen zwei Angeklagte eröffnet!

Seit der Herausgabe des letzten Prozessblattes vor 4 Wochen hat sich einiges getan. Gegen eine weitere Angeklagte ist das Verfahren eingestellt worden. Damit sind nur noch Gerd und Gerald übriggeblieben, gegen die das Verfahren auch schon eröffnet wurde. Bei Gerd verschärft sich aus Zeitnot das Verteiligerproblem.

Da Gerd in Hamburg lebt, kann er sich nur von dort aus auf den Prozess vorbereiten. Sein Hamburger Wahlverteiliger ist (weil er eben aus Hamburg kommt) zum x-ten Male als Pflichtverteiliger abgelehnt worden. Eine Verfassungsbeschwerde des Anwalts wurde von Karlsruhe abgelehnt. Somit ist bis jetzt unklar, wie die hohen Reisespesen finanziert werden sollen. Ein Berliner Anwalt seines Vertrauens ist auf Grund des § 146 STPO (Mehrfachverteidigung) bisher nicht zu finden. Gerd droht also ein Zwangsverteiliger.

**Der Prozess beginnt am 16. April
im Kriminalgericht Moabit,
Turmstraße, Raum 701**

Verhandelt wird jeden Montag und Mittwoch ab 9.00 Uhr. Die in letzter Zeit in Mode gekommene Aquariumsatmosphäre für die Angeklagten gehört ebenso wie die üblichen Ausweis- und Sicherheitskontrollen am Eingang zum Service.



Für die Vorbereitung des Prozesses laden wir **dringend** alle engagierten Leute ein! Ehemalige BUG-Leser/Macher, wo seid ihr?

**Wir treffen uns jeden Samstag
ab 14.00 Uhr
bei »radikal«, Eisenbahnstr. 4
Kommt massenhaft!**

Die Handvoll, die wir bis jetzt sind, können es nicht schaffen, den Prozess vorzubereiten. Der Tag hat auch für uns nur 24 Stunden, Pizzakruste und Kaffee sind keine Ernährungsbasis und ein „Privatleben“ haben wir auch.

Finanziell darf uns geholfen werden, den Prozess wird wohl fünfstellig zu Buche schlagen. Sparbuchzinsen vom letzten Jahr, oder ein Teil vom Lohnsteuerjahresausgleich oder sonst was können überwiesen werden auf das Konto der:

Sparkasse der Stadt Berlin West
BLZ 100 500 00
Kto.Nr. 0330025694
Rolf Niebel, Prozesskonto BUG-Info



Sympathisantensumpf